

Leider zielen die Vorschläge, die der sowjetische Außenminister in den letzten Wochen vertreten hat, jedoch darauf ab, eine langfristige Einschränkung dieser Souveränität darzustellen. Deshalb haben die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland diese Vorschläge abgelehnt. Wir wissen auch, daß dies - wie Schewardnadse selber einräumte - nicht das letzte Wort der Sowjetunion ist.

Empört müssen wir jedoch feststellen, daß Außenminister Meckel die sowjetischen Vorschläge zumindest partiell begrüßte. Dies ist eine grobe Verletzung der Interessen Deutschlands, und ich muß fragen, in wessen Interesse er handelt: in dem unserer Bevölkerung gegenüber dem Ausland, oder vertritt er die Interessen anderer Staaten gegenüber unserer Bevölkerung?

(Zurufe von der SPD: Unerhört, diese Unterstellungen!)

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, daß sich die Zweipus-vier-Gespräche so entwickeln, daß sich auf der einen Seite die drei westlichen Siegermächte und die Bundesrepublik, auf der anderen Seite aber die Sowjetunion und die DDR befinden.

(Widerspruch, vor allem bei der PDS)

Leider zeichnet sich diese Tendenz nicht nur in den Reaktionen des Außenministers auf den erwähnten sowjetischen Vorschlag ab. Wir wissen, daß der Ministerpräsident diese Haltung des Außenministers nicht unterstützt. Allerdings fragen wir uns, ob durch solche Haltungen weiterhin Sand ins Getriebe der deutschen Einheit gestreut werden darf. Übrigens, im Zusammenhang mit der NATO von Bedrohungspotential zu sprechen, halte ich für ein Wiederheraufbeschwören des kalten Krieges. Ich danke Ihnen.

(Protestrufe bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD -  
Beifall bei DSU und CDU/DA)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun von der Fraktion der Liberalen den Abgeordneten Dr. Kney.

#### **Dr. Kney für die Fraktion Die Liberalen:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit Wochen verfolgt die Weltöffentlichkeit den Fortgang der 2 + 4-Gespräche. Seit Wochen wird durch das Außenministerium eben mit diesem Problem am Parlament vorbeigearbeitet.

(Beifall, vor allem bei PDS und Liberalen)

Und ich muß sagen, es hat ja wieder geklappt. Da hat sich das Präsidium nun einmal gegen das Kabinett durchgesetzt und diesen Punkt auf die Tagesordnung gebracht, gestern fast, heute zumindest in Ansätzen. Aber als der Tagesordnungspunkt gestern aufgerufen werden sollte, hatte der Minister Termine. Eine Ungeheuerlichkeit für jedes sich ernst nehmende Parlament.

(Stellenweise Beifall)

Aber noch toller ist aus meiner Sicht, daß sich der Minister in aller Ruhe anhört, wie das Parlament über die Einordnung seiner Tagesordnungspunkte befindet, wie darüber abgestimmt wird, und er bringt es nicht fertig, zu sagen, daß er uns am Nachmittag mit seiner Abwesenheit beglückt.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Tagesordnungspunkt Außenpolitik zu sprechen.)

Das hat schon etwas damit zu tun, Frau Präsidentin.

Meine Damen und Herren! Gestern ist uns allen dieses Heft zugeleitet worden. Ich muß unserer Ministerin, Frau Dr. Hildebrandt, ein Kompliment machen. Ich denke, das ist eine hervorragende Sache.

(Beifall)

Ich wünschte mir sehr, daß dieses Material auch bereits Verwendung in unserem Land findet. Noch mehr würde ich mir allerdings wünschen, wir hätten vorher schon ein ähnliches Heft zustande gebracht, das überschrieben wäre mit „Neue deutsche Außenpolitik“, herausgegeben von den beiden Ministern, den einen schon lange, den anderen seit kurzem und nicht mehr lange.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann uns niemand in der Welt verübeln, wenn wir als Deutsche in der DDR zu erst nach Deutschland wollen, um in ihm gute Europäer werden zu können. Und wenn wir das so wollen, dann muß man das auch als Ministerium so sagen, und nicht ein bißchen das eine, denn dann kann man das andere auch nur ein bißchen sein.

Wir zweifeln nicht daran, das Jahr 1990 wird als Jahr der deutschen Einheit in die Geschichte eingehen.

(Beifall, vor allem bei Liberalen, CDU/DA und DSU)

Ungezählte Hoffnungen und Wünsche der Menschen in beiden deutschen Staaten werden damit Wirklichkeit. Verspielen wir also nicht durch beabsichtigte oder unbeabsichtigte Verzögerungen, durch Auftürmen von Barrieren oder eigenmächtigen Vorbehalten diese Chance. Wir brauchen keine unnötige Eigenständigkeit, keine vorgetäuschte Selbstüberschätzung in der DDR-Außenpolitik. Damit wird der Weg zur deutschen Einheit nur verzögert.

Unsere Fraktion leitet aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 19. April und aus der Koalitionsvereinbarung ab, daß beide deutsche Außenministerien kooperativ dafür die äußeren Bedingungen in den 2 + 4-Gesprächen schaffen.

Mit Stolz und Genugtuung vermerken die Liberalen in der DDR: Der Genscher-Plan, vorgelegt in Ottawa, hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Die ersten beiden Treffen in Bonn und Ostberlin waren eine ermutigende Botschaft. Wir begrüßen es, daß alle Beteiligten das Ende der Rechte der Alliierten über Deutschland als Ganzes und über Berlin bis zur KSZE-Gipfelkonferenz im November ansteuern.

Die liberale Fraktion fordert den Außenminister auf, sich an einem gesamtdeutschen Konzept des Interessenausgleichs für die Herstellung der deutschen Einheit und des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion zu beteiligen, mit ihm die Vier-Mächte-Rechte einvernehmlich abzulösen und somit in Europa einen Schlußstrich unter die Nachkriegsperiode zu ziehen.

Unsere Freunde im Ausland sagen wir: Von einem freiheitlichen demokratischen Staat geht keine Gefahr aus. Als langjähriger Noch-Bündnispartner im Warschauer Vertrag ist die DDR dazu aufgerufen, der Sowjetunion deutlich zu machen, daß aus der Sicht eines geeinten Deutschlands die Sowjetunion nicht am Ural beginnt, und die Bundesregierung wird den USA sagen, daß dann für Deutschland mit Blick auf Amerika der Atlantik nicht breiter wird.

Die Vereinigung Deutschlands schafft nicht ein neues Problem, sondern sie löst eine wichtige Frage, die ganz Europa betrifft. Den Willen dazu haben die Völker Europas spätestens im November des letzten Jahres mehr als nur zur Kenntnis genommen.

Seitdem sich jedoch die Politik hierzulande damit beschäftigt, wird die Verwunderung im Ausland eher größer und wird, wenn wir nicht bald eine klare einheitliche Sprache sprechen, lauten: Wollen denn die Deutschen immer noch? - Wir sagen: Ja, wir wollen uns sobald wie möglich vereinen, und wir verstehen es überhaupt nicht, wenn tagtäglich die eigenartigsten Ideen von Regierungsmitgliedern zum Kern der 2 + 4-Gespräche durch die in- und ausländische Presse geistern, die meist auch noch die Abstimmung zwischen den Ministerien hierzulande und denen der Bundesrepublik vermissen lassen.

(Beifall bei Liberalen, vereinzelt bei CDU/DA)

Die liberale Fraktion geht in ihrer parlamentarischen Arbeit weniger von Visionen, dafür mehr von Realitäten aus. Das heißt,